Pressespiegel = Reflets de presse

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **66 (1975)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Wir greifen heraus

Die Atomkraftwerk-Gegner von Kaiseraugst haben mit der Besetzung des zum Schlachtfeld energiewirtschaftlicher, politischer und ideologischer Auseinandersetzungen gewordenen Baugeländes das ihnen wohl wichtigste Ziel erreicht: Man spricht über sie! Ob auf diese Weise aber tatsächlich das erreicht wird, was einzig den Einsatz rechtfertigen würde (der vorerst einmal eine zivil- und strafrechtliche Klage zeitigte), nämlich eine von den Besetzern geforderte «demokratische Entscheidung» über den Bau von Atomkraftwerken, ist mehr als nur fraglich. Denn der Demokratie mit undemokratischen Mitteln auf die Beine helfen zu wollen, geht nicht. Das bedeutet keineswegs, dass die Demonstranten nicht von einem legitimen Anliegen beseelt sein können, selbst wenn dessen Ausdruck ungesetzlich bleibt. Nur: Der Bauplatz von Kaiseraugst wurde längst zum Tummelfeld einer politischen Agitation umfunktioniert, welche die Diskussion über die Kernenergie als Forum für ganz andere Dinge missbraucht. So ist es nicht verwunderlich, dass von der rechten Nationalen Aktion bis zu den ganz linken Progressiven Organisationen Vertreter an die ins Scheinwerferlicht der Massenmedien getauchte Atom-Front entsandt werden, die nun ihre Extremideologie werbewirksam an den Mann bringen. Dass dies nicht in der Absicht der ehrlichen Männer und Skeptiker liegt, die sich hier gegen eine Ballung von Atomkraftwerken im Raum Basel zur Wehr setzen, stellt keinen Trost dar, wenn man sieht, dass damit eben doch der Boden bereitet wird für eine viel grössere Bedrohung unseres Landes, als sie von der Atomenergie ausgeht: Für den Fanatismus! *«Die Tat», Zürich, 5. April 1975*

«Gewaltfrei» in Kaiseraugst

Dies zumindest steht indiskutabel fest: Im Falle des Atomkraftwerkes Kaiseraugst haben die Bauherren das geschriebene Recht auf ihrer Seite. Nichts, aber auch gar nichts ist bisher von ihnen unternommen worden, das als widerrechtlich oder als Hintertreppenmanöver zu bezeichnen wäre. Man kennt auch die Gruppe, die das Unterfangen trägt und verantwortet, womit überdies der Vorwurf entfällt, hier werde die Demokratie von «anonymen Mächten» überspielt.

Dennoch beschuldigen die Besetzer des Kraftwerkareals Bundesrat Willi Ritschard, der in einem Brief den oben geschilderten Sachverhalt bestätigte, er speise sie mit «hohlen Worten» ab. Vom sozialdemokratischen Energieminister in der Landesregierung nämlich hätten sie erwartet, dass er sich nicht mit der Berufung auf das formale Recht begnügen würde, sondern Höheres anerkennte: jenes vielzitierte Widerstandsrecht, das man sich nach dem Ausspruch Friedrich Schillers aus den Sternen holt.

Nur hatte der deutsche Dichter keinen – noch so unvollkommenen – demokratischen Rechtsstaat vor Augen, sondern eine Tyrannis, der anders als mit Gewalt gar nicht zu begegnen war. Gewalt allerdings wollen die Besetzer angeblich gar nicht, sie reden im Gegenteil von einer «gewaltfreien Aktion». Was aber ist von dieser «gewaltfreien Aktion» zu halten, wenn man genau hinschaut, statt sich mit der Etikette zufriedenzugeben? Da geschieht doch nichts anderes, als dass die Besetzer ihre Gegner nötigen wollen, entweder durch staatliche Gewaltanwendung zu ihrem Recht zu kommen oder aber zu kapitulieren. Solche Nötigung indessen ist auch eine Form von Gewalt. Daran ändert nicht das mindeste, dass man sie als «gewaltfreie Aktion» zu tarnen und demokratisch zu salben versucht.

Nun wird man sich freilich davor hüten müssen, die Gegner von Kaiseraugst allesamt im nämlichen Tiegel zu vermengen. Und es geht auch nicht an, das selbstverständliche Recht auf Demonstration zu diffamieren, nur weil daneben das ebenso eindeutige Unrecht der Besetzung in Szene ging. Besorgnis und Unbehagen sind verständlich, ihr öffentlicher Ausdruck ist legitim. Aber das Unbehagen hat immer auch seine ideologischen Ausbeuter, die keinen Ansatz zur «Systemveränderung» verpassen möchten. Und hinter den Besorgten und den politischen Profiteuren scharen sich unvermeidlich mit allen Motiven des Unmuts die Mitläufer, um der bösen Obrigkeit wieder einmal heimzuzünden. So bunt ist das Gemisch, so ungleichgewichtig sind seine Bestandteile.

Aber bei allem Respekt vor den gewichtigen Bestandteilen: Wo kämen wir hin, wenn der Rechtsstaat sich durch solche Aufwallungen beugen liesse? Wenn das, was Verfassung und Gesetze bestimmen, nicht mehr durch demokratisch beschlossene Revisionen abgelöst, sondern durch Besetzungen annulliert würde? Wenn derjenige, der sich bisher loyal ans Recht hielt, damit rechnen muss, dass er morgen rechtlos wird, weil der Staat dieses Recht nicht mehr schützt?

Das heisst ganz gewiss nicht, dass veränderten Lagen nicht mit veränderten, vielleicht grundlegend veränderten Ordnungen begegnet werden muss – just Kaiseraugst setzt solche Signale. Aber wie soll es auf diesem und andern Gebieten zu tragfähiger Erneuerung kommen, wenn wir ihre Basis, die demokratische Ordnung, zerstören lassen? Das aber geschähe mit einer Kapitulation vor Besetzern, die mit einem Bauareal zugleich den Rechtsstaat blockieren. *Oskar Reck*

«Basler Nachrichten», Basel, 5. April 1975

Bedenkliches Spiel mit der Atomangst

Ein Brand im grössten Atomkraftwerk der Welt habe «fast eine nukleare Katastrophe von unabsehbarem Ausmass ausgelöst», da das Sicherheitssystem versagte, tickerte über die Osterfeiertage eine Depeschenagentur durch die Welt. Diese Meldung fand begreiflicherweise grosse Beachtung (auch das BT veröffentlichte sie mit Vorbehalt in der gestrigen Ausgabe) – erfreulicherweise ist sie in entscheidenden Punkten unrichtig. Auf unverantwortliche Weise wurde einmal mehr das Spiel mit der Angst vor Atomkraftwerken betrieben, in dem die Demonstranten von Kaiseraugst, die das dortige Baugelände besetzt halten, skrupellos mitmischen.

Baden (cr.) – Das Bild, das die Hiobsbotschaft aus den USA zeichnete, ist grauenvoll: den Tod von 100 000 oder mehr Menschen hätte das Ausströmen von radioaktivem Material aus dem angeblich gefährdeten 1065-MW-Reaktor von Browns Ferry möglicherweise verursachen können, wird ausgeführt. Verschwiegen wird, dass eine solche Gefahr überhaupt *nie bestand* und auch gar nicht hätte eintreten können. Und ebenfalls unterschlagen wurde, dass sich dieser Brand im grössten Atomkraftwerk der USA bereits vor einer Woche ereignete, was die dortigen Atom-Sicherheitsbehörden sofort veranlasste, den ganzen Sachverhalt offen darzulegen. Sie führten aus:

– Der Brand hatte bedeutende *lokale Schäden* an elektrischen Kabeln zur Folge.

– Der *Reaktorkern,* die Kühlwasserleitungen sowie wichtige Gebäudeteile wurden nicht beschädigt.

– Es entwich *keine Radioaktivität.*

– Die Funktionstüchtigkeit einiger Betriebs- und Sicherheitssysteme, inklusive gewisser Notkühlsysteme, war beeinträchtigt.

– Die beiden in Browns Ferry in Betrieb stehenden Reaktoren konnten *sicher abgestellt* und gekühlt werden.

– Während der Kühlphase waren voneinander *unabhängige* – sogenannte redundante – *Systeme verfügbar.*

– Der *Brennstoff* im Kern der beiden Reaktoren war immer mit Wasser bedeckt und die *Wärmeabfuhr* war gewährleistet.

Keine Gefahr einer «nuklearen Katastrophe»

Zusammenfassend halten die Sicherheitsbehörden fest: «Dank den in mehr als ausreichendem Masse vorhandenen – und gerade für solche Vorkommnisse vorgesehen – voneinander unabhängig funktionierenden Sicherheitssystemen konnte der Unfall in Browns Ferry *sicher beherrscht werden.* Die Gefahr einer ‚nuklearen Katastrophe' bestand nicht.»

Diese an sich nüchterne und sachliche Darstellung der Situation fand kaum Beachtung. Interessant wurde sie für den Londoner Korrespondenten einer Depeschenagentur erst, als die Atomkraftwerkgegner in den USA aus diesem Vorkommnis Kapital zu schlagen suchten. Sie verstiegen sich zu *Spekulationen,* die der Laie nicht zu werten vermag, mit dem *klaren Ziel,* die Angst vor Atomkraftwerken neu zu schüren.

Merkwürdiges Zusammentreffen

Interessant ist in diesem Zusammenhange auch, dass diese Meldung wesentlich verspätet, aber genau auf den Zeitpunkt die Schweiz und Deutschland erreichte, in dem sowohl in Kaiseraugst und in Wyhl Atomkraftwerkgegner zu Protestaktionen in Form der Besetzung von Atomkraftwerk-Baugelände schritten. Die Demonstranten von Kaiseraugst hängten denn auch sofort die Falschmeldung aus den USA an ihre Fahne, trotzdem ihnen nicht unbekannt sein dürfte, dass sie damit ein sehr *perfides Spiel* mit der Atomangst treiben.

Keine Unterstützung aus der Bevölkerung

Mit der *Wahrheit* nahmen es die Mitglieder der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» schon bei früheren Demonstrationen nicht sehr genau. Ein Grund hiefür dürfte in der Tatsache zu suchen sein, dass ihnen die Unterstützung eines breiten Bevölkerungskreises *gänzlich* fehlt. In dieser Beziehung ist auch ihre neueste, am Ostermontag gestartete Aktion ein Fehlschlag. Die Zahl der Demonstranten, die in Zelten auf dem Baugelände von Kaiseraugst sich niederliessen, dürfte von anfänglich rund 50 inzwischen auf zirka 150 angestiegen sein, wobei sich die «Verstärkung» weitgehend aus Leuten aus der *badischen Nachbarschaft* und aus verschiedenen Kantonen unseres Landes rekrutiert, die einen Teil ihres Lebens als Reisende zu Protestaktionen verbringen. Um ihr Leben etwas angenehmer und die kalten Nächte wärmer zu gestalten, starteten gestern nachmittag einige Demonstranten mit einem VW-Bus eine Rundreise durch den Aargau. Ihr Ziel: Sie rufen die Bevölkerung auf zu einer *Grosskundgebung* gegen den Atomkraftwerkbau Kaiseraugst am kommenden Sonntag und bitten gleichzeitig um Kleider, Holz und Lebensmittel. Sie taten es auch in Brugg, ohne bei der Bevölkerung jedoch auf Interesse zu stossen, kassierten aber eine Polizeibusse, weil sie ihren Aufruf durch ein Megaphon verbreiteten, was einer Bewilligung bedarf, die sie nicht besitzen.

Bauarbeiten vorläufig gestoppt

Ihr erstes Ziel haben die Demonstranten von Kaiseraugst erreicht: Die Bauarbeiten wurden am Dienstagvormittag unterbrochen, um Handgreiflichkeiten zu vermeiden. 13 Lastwagen standen während des ganzen Tages unbeladen auf dem Baugelände. Gestoppt wurde auch der für den Dienstag vorgesehene Einsatz von Grossbaumaschinen im Werte von über einer Million Franken. *Massnahmen* gegen die Demonstranten will vorderhand weder die Polizei noch die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG unternehmen. Letztere will ihre Haltung über das weitere Vorgehen vorerst in engem Einvernehmen mit den zuständigen Behörden festlegen. Immerhin wird sie unverzüglich *zivilrechtliche* und *strafrechtliche Verfahren* gegen die Besetzer des Kraftwerkgeländes einleiten. Stellung zur Situation will in einer Woche auch die Aargauer Regierung in einer Vollsitzung nehmen. Bis dahin wird in Kaiseraugst noch Frieden herrschen.

Keine Parallele zu Wyhl

Die Atomkraftwerk-Gegner von Kaiseraugst fordern «demokratische Entscheide» und den Rechtsstaat, den sie jedoch laufend mit Füssen treten. Ihr Vergleich nämlich hinkt, wenn sie die Berechtigung zu einer unerlaubten Besetzung eines Baugeländes aus dem Verhalten der Bevölkerung im *deutschen Wyhl* gegenüber dem dortigen Kernkraftwerkbau ableiten. Hier stehen sich *zwei verschiedene* Ausgangs- und Rechtslagen gegenüber: während in der Schweiz vor der Erteilung einer Baubewilligung sämtliche ökologischen Bedingungen und die Auswirkungen eines Atomkraftwerkbaues als akzeptierbar abgeklärt sein müssen, fehlten alle diese Voraussetzungen beim Baubeginn von Wyhl, was die Bevölkerung zu Recht verärgerte. Sie fordert deshalb heute auch einen Bauaufschub bis zum Vorliegen der für die Errichtung eines solchen Werkes unerlässlichen Expertisen. In der Schweiz sind sie vorhanden und entschieden sind auch alle gerichtlichen Einsprachen, was im Falle Wyhl ebenfalls noch nicht zutrifft. *«Badener Tagblatt», Baden, 2. April 1975*

Verhöhnte Demokratie

Die Begründungen, welche die Gegner des Kaiseraugster Kernkraftwerkes für die am Dienstagmorgen beginnende «Besetzung» des Bauplatzes liefern, tönen hohl.

Es ist von «undemokratischem Vorgehen» der hinter dem Kraftwerk stehenden Kreise die Rede und von der Forderung nach einem demokratischen Entscheid der betroffenen Bevölkerung. Tatsächlich aber hatte die Baubewilligung und alles Drum und Dran um das Kraftwerk dem ordentlichen, auf ordentliche demokratische Weise festgelegten Bewilligungsverfahren unterstanden, und es gab Beschwerdemöglichkeiten bis hinauf zum Bundesgericht. Im weitern haben die Behörden und die Bauherrschaft die Baubewilligungsbedingungen miteinander ausgehandelt, dass allen Interessen so gut als möglich gedient war. Nicht umsonst ist der Baubeginn in Kaiseraugst wesentlich verzögert worden: Durch die demokratische langsame Mühle, die eingeschaltet worden war.

Darum, weil die Demokratie im Bewilligungsverfahren ganz selbstverständlich funktioniert hat, tönen die Begründungen hohl. Es wird nämlich die bisher gehabte Demokratie geleugnet und eine «neue» Demokratie verlangt. Mit undemokratischen Mitteln, mit einer Besetzung!

Es ist durchaus erlaubt, Demokratie mit Hilfe von Gewalt zu verlangen – aber nur, wenn Demokratie bisher nicht gewesen ist. Wird dagegen Gewalt angewendet, um wie hier eine bestehende demokratische Ordnung durch eine andere demokratische Ordnung abzulösen, dann hängt der demokratische Haussegen schief, dann wird Demokratie zur Begründung von Gewalt schlicht und einfach missbraucht.

Wenn die Besetzer das bisherige Bewilligungsverfahren und die bisherigen Beschwerdemöglichkeiten vor Behörden und Gerichten als ungenügend empfinden, dann sollen sie doch die bestehenden, ebenfalls demokratischen Änderungsmethoden anwenden! Es gibt also die demokratische Möglichkeit, demokratische Methoden durch andere demokratische Methoden ablösen zu lassen. Darum ist das, was in Kaiseraugst geplant ist, doppelt undemokratisch, und seine Urheber verhöhnen die Demokratie, indem sie von ihr sprechen. Sie besorgen damit die Geschäfte der linken und rechten Extreme, die in der Kaiseraugster Sache besonders tätig sind. *Jann Etter*

«Thurgauer Zeitung», Frauenfeld, 1. April 1975

«Zwischen Atomangst und Energiekrise»

In einer Veröffentlichung der Aargauischen Handelskammer nimmt Regierungsrat Dr. Hunziker als politisch verantwortlicher Leiter der aargauischen Energiepolitik zu einem zentralen Problem unserer Zeit Stellung. Seine sachkundigen Ausführungen zeigen die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Dimensionen der uns alle bedrängenden Energiefrage in einer für jedermann verständlichen Sprache auf und weisen mit aller Deutlichkeit den einzig gangbaren Weg zur Überwindung der prekären Abhängigkeit von den Erdölländern sowie zum Abbau der in bedrohlichem Ausmass ansteigenden Belastung der Biosphäre durch schädliche Abgase und andere Verbrennungsrückstände. Aus der Darlegung der globalen energie- und finanzwirtschaftlichen Interdependenzen wird deutlich, dass die Schweiz zusammen mit den übrigen Industrienationen im gleichen Boot sitzt und mithin die durch die Ölpreissteigerung ausgelösten Umverteilungsprozesse ebenfalls nachhaltig zu spüren bekommt.

Die Auswirkungen der auf die zwangsweise Verknappung des Energieangebots angelegten «Dämpfungs- und Drosselungsphi-

losophie» auf die allgemein als erstrebens- bzw. erhaltenswert erachteten Errungenschaften der Nachkriegszeit, wie Sicherheit des Arbeitsplatzes, persönliche Entfaltungsmöglichkeit, Verbesserung des Sozialversicherungswesens usw. würden jeden einzelnen hart treffen. Die hin und wieder geforderte Unterbindung des wirtschaftlichen Wachstums durch die Limitierung des Energieangebots käme daher einer Rosskur gleich, die unabsehbare gesellschafts- und staatspolitische Erschütterungen nach sich ziehen würde.

Die Ausführungen über das Gefahrenmoment der Kernenergienutzung stellen eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Stellungnahmen international anerkannter Spezialisten über das komplexe Fachgebiet der nuklearen Sicherheit dar. Unter voller Wahrung der Objektivität werden die echten Probleme von den Übertreibungen abgegrenzt. Aufgrund der Ausführungen über die einschlägige Gesetzgebung, das Genehmigungsverfahren, die Tätigkeit der Überwachungsorgane sowie der Darlegung der für die Beurteilung von Standorten für Kernkraftwerke massgebenden Kriterien kann sich der Leser ein Bild vom Umfang der Vorstudien und von der bis ins Detail reichenden Sorgfalt machen, mit der hierzulande die ökologischen Zusammenhänge abgeklärt und die Fragen der nuklearen Sicherheit angegangen werden.

Die Lösung des Energieproblems sieht der Autor im Aufbau eines sukzessive zu vollziehenden Konzepts, das sich im wesentlichen aus den drei Komponenten vermehrte Sparsamkeit beim Verbrauch, Reduktion der Verluste auf allen Ebenen der Energieumformung und Förderung der Kernenergie zusammensetzt.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 4. März 1975

Warum auf behördliche Vorschriften warten?

Ein ungewöhnlich milder Winter – in manchen Gegenden war es der wärmste seit mehr als hundert Jahren – geht zu Ende. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Heizabrechnungen bedeutend weniger hoch ausfallen werden, als man auf Grund der Heizölpreise hätte erwarten müssen. Die verbreitete Gelassenheit, um nicht zu sagen Gleichgültigkeit, mit der die Kosten- und Verbrauchsentwicklung im Energiebereich hingenommen wird, bleibt ungestört, eingebettet in der Indexierung der Konsumentenpreise. Man scheint zu vergessen, dass auch wieder einmal ein ungewöhnlich kalter Winter kommen könnte, vielleicht schon 1975/76, und dass die Forderung, *aus ökologischen und ökonomischen Gründen* mit dem Energieverschleiss aufzuhören, nichts von ihrer Dringlichkeit verloren hat.

Wenn man den Behörden nicht ohne Grund vorwirft, sie hätten nicht eben viel unternommen, um eine zielbewusste Energiesparpolitik einzuleiten, so wird man gleichzeitig feststellen müssen, dass auch die grosse Zahl der Schweizer als Konsumenten und Staatsbürger *wenig Phantasie und Initiative* entwickelt, um aus der veränderten Situation die naheliegenden Konsequenzen zu ziehen. Wir haben das Energieproblem bisher zu *einseitig von der Produktionsseite her* betrachtet und dabei übersehen, dass es vielfach mit verhältnismässig bescheidenen Investitionen möglich wäre, den Energiekonsum und die damit verbundenen Kosten stark einzuschränken – ohne Verzicht und Rationierung, ohne Schmälerung unseres Komforts.

Weshalb also warten, bis die Behörden Vorschriften über die Gebäudeisolierung erlassen? Weshalb nicht *jetzt* im Hinblick auf die kommenden Winter prüfen oder prüfen lassen, was *am eigenen Haus* zur besseren Wärmedämmung unternommen werden könnte, mit welchem Aufwand und mit welchen Erfolgsaussichten? Warum fragen die *Mieter* in Mehrfamilienhäusern nicht den Besitzer, was er zu unternehmen gedenke, damit künftig die Heizrechnungen auf ein Minimum gesenkt werden können? Analoge Fragen wären an die Verwalter von öffentlichen Gebäuden sowie von Geschäftshäusern und Fabrikanlagen zu richten. Vom *Baugewerbe* wäre zu erwarten, dass es die sich hier abzeichnende Möglichkeit zur Überwindung der Flaute ungesäumt wahrnehmen würde, und schliesslich könnte man meinen, die Do-it-yourself-Geschäfte liessen sich etwas einfallen, nachdem beispielsweise in England das Isolieren des eigenen Hauses und der eigenen Wohnung zu einer beliebten Freizeitbeschäftigung geworden sein soll. Oder haben wir uns vielleicht schon zu sehr daran gewöhnt, die Lösung sämtlicher Probleme vom Staat zu erwarten?

scr.

«Neue Zürcher Zeitung Zürich», 7. März 1975

Désormais, les relevés des compteurs ne se feront qu'une fois par année

Dès le 25 mars, les clients de la Compagnie vaudoise d'électricité (CVE) recevront un avis les informant qu'à partir du deuxième trimestre 1975 leurs compteurs ne seront plus relevés qu'une fois par année et non plus tous les trois mois, comme jusqu'ici. «Cette mesure de rationalisation, écrit la direction de la CVE, est dictée par notre désir de limiter les frais de main-d'œuvre et de déplacement.»

Toutefois, comme précédemment, les clients de la CVE recevront tous les trois mois leur facture qui comprendra le montant de l'abonnement et de la location des compteurs, ainsi qu'un acompte sur la consommation d'énergie électrique. Cet acompte sera calculé sur la base de la consommation des douze derniers mois.

Pourquoi cette suppression des relevés trimestriels des compteurs?

«Cette suppression, nous a déclaré M. Desmeules, directeur de la CVE, fait partie d'un train de mesures d'économie et de rationalisation que nous avons décidé d'entreprendre au cours des mois à venir. L'économie que nous pourrons réaliser avec la suppression des relevés sera, pour la CVE, de l'ordre de 200 000 francs.»

Il faut rappeler que le réseau de la CVE est très étendu et relativement peu dense. Un agent ne peut procéder, en moyenne, qu'au relevé de 150 compteurs par jour, alors qu'en ville, il est possible d'en relever entre 350 et 400.

Ces relevés sont confiés généralement, à la CVE, à des monteurs, c'est-à-dire à un personnel spécialisé qui, désormais, pourra consacrer ce temps précieux aux tâches pour lesquelles il est préparé.

«Il eût été inconcevable pour notre clientèle, nous a dit encore M. Desmeules, de ne lui adresser qu'une seule facture par année. C'est la raison pour laquelle nous avons prévu le système des acomptes, système rendu possible par l'introduction d'un prix annuel unique du kilowattheure, d'une part, et par le recours à un ordinateur acquis en commun par la CVE, les Entreprises électriques fribourgeoises et l'Electricité neuchâteloise, d'autre part.»

Compte tenu d'un budget roulant sur une septantaine de millions, l'économie que la CVE va réaliser en supprimant les relevés trimestriels est faible.

«Sans doute, nous a-t-on encore répondu au siège de la compagnie, mais il faut savoir que cette économie s'inscrit dans un contexte plus général. C'est ainsi, d'abord, que l'effectif du personnel de la CVE a été réduit de 1967 à aujourd'hui de 414 unités à 360 unités. De plus, nous allons procéder à des regroupements aux sièges de nos régions, c'est-à-dire à Nyon, à Yverdon, à Morges et à Moudon. Enfin, il est prévu diverses mesures de rationalisation au niveau de la production de l'énergie comme dans les équipes de construction.»

Ainsi, la CVE qui, rappelons-le, a porté le prix du kilowattheure à 14,5 centimes (auparavant 10 centimes en été et 12 en hiver), pense pouvoir éviter de nouvelles et trop sensibles hausses des coûts, tout en ne diminuant pas son service à la clientèle.

J.-P. C.

«24 heures», Lausanne, 24 mars 1975